

Anwesend: Der Vorsitzende Bürgermeister Bareis
und 7 Gemeinderäte; Normalzahl: 8
Außerdem waren anwesend: v. d. Verwaltung: Herr Steidle
Abwesend: GR Lindauer
Schriftführer/in: Frau Dietrich

TOP 9 Anschluss der Gemeinde Täferrot an den ICAN Städteappell

Die ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear weapons) ist die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen. Sie stellt ein globales Bündnis aus über 450 Organisationen in 100 Ländern dar und ist Träger des Friedensnobelpreises 2017.

Zahlreiche Städte in Deutschland und aller Welt haben sich bereits dem ICAN-Städteappell angeschlossen.

International ruft ICAN Städte und Gemeinden dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Nordamerika, Europa und Australien, aber auch die Gemeinde Mutlangen (Gemeinderatsbeschluss vom 17.09.2019) und der Ostalbkreis (Kreistagsbeschluss vom 15.10.2019) haben den Appell schon unterzeichnet, der wie folgt lautet:

“Unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte und Gemeinden tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten und Gemeinden ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte und Gemeinden die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

Ein neues Bündnis von Städten und Gemeinden weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.

Beschlussantrag: Der Gemeinderat möge beschließen, dem ICAN-Städteappell beizutreten. Die Verwaltung wird beauftragt, den positiven Beschluss an ICAN Deutschland e.V. zu melden.

Beschlussfassung:

Der Beschlussantrag wird bei 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zum Beschluss erhoben.